

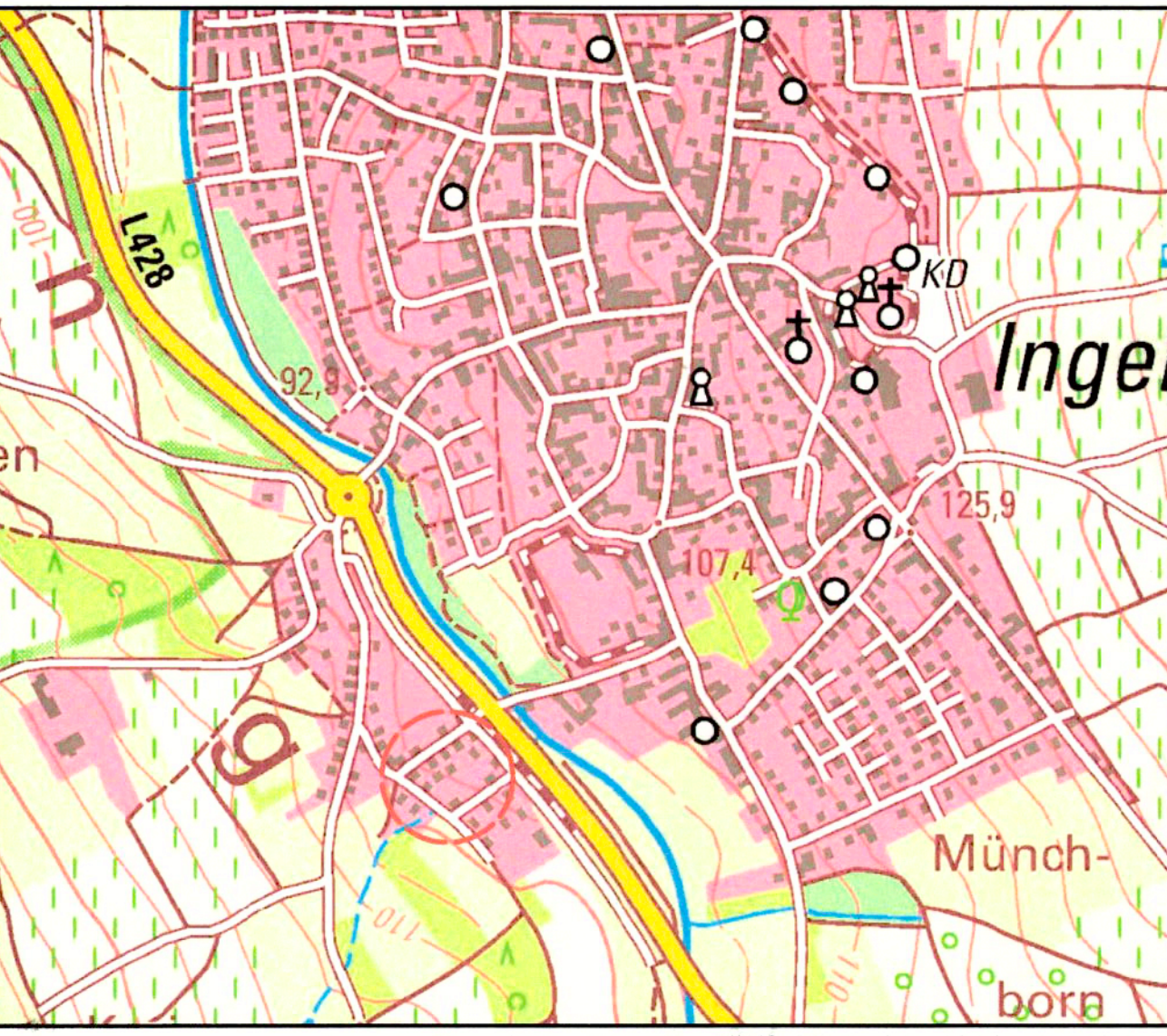
Planzeichenerklärung

Planzeichenerklärung	
gem. Planzeichenverordnung - PlanZV 1990	
Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 4 BauNVO)	
	Allgemeine Wohngebiete (WA)
Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 16 BauNVO)	
GRZ 0,4	Grundflächenzahl (§ 19 BauNVO)
GRZ 1,2	Geschossflächenzahl (§ 20 BauNVO)
III	max. Zahl der Vollgeschosse
TH max.	max. zulässige Traufhöhe
PH max.	max. zulässige Firsthöhe
Bauweise, Baugrenzen (§ 1 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, § 22, 23 BauNVO)	
	offene Bauweise
	Baugrenze
Verkehrflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)	
	Straßenverkehrsflächen
	Baugrenzengrünanlagen
	Verkehrflächen besonderer Zweckbestimmung
	Landwirtschaftlicher Weg, Radweg und Fußweg
Wasserflächen und Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses (§ 9 Abs. 1 Nr. 16 BauGB)	
	Umgrenzung von Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses
Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB)	
	Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen zugunsten der Gewässerunterhaltungspflichten
Nachrichtliche Übernahme (§ 9 Abs. 5 BauGB)	
	Bestandteile der Gewässer III. Ordnung (Quelle am Appenheimer Weg)
	Wasserantransportleitung
Sonstige Planzeichen	
	Grenze des räumlichen Geltungsbereichs

3	<b>Bauweise, überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB)</b>
3.1	<b>Bauweise (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB i.V.m. § 22 BauNVO)</b>
In den Allgemeinen Wohngebieten (WA 1 und WA 2) wird die offene Bauweise festgesetzt. In der offenen Bauweise sind Gebäude mit seitlichem Grenzabstand zu errichten. Die Länge dieser Gebäude darf 50 m nicht überschreiten. Im Bereich der Zu- und Abfahrten zu Tiefgaragen kann ohne seitlichen Grenzabstand gebaut werden.	
3.2	<b>Überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB i.V.m. § 23 BauNVO)</b>
In dem Allgemeinen Wohngebiet WA1 darf die parallel zur „Fläche für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses“ befindliche Baugrenze mit Balkonen, bis zu einer Tiefe von 2m, überschritten werden. Ragen die Balkone in die „Fläche für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses“ hinein, müssen diese eine leichte Höhe von mindestens 2,8 m zur darunter befindlichen Oberkante (OK) des Geländes gewährleisten. Stützen oder sonstige bauliche Maßnahmen, die eine leichte Höhe von 2,8 m unterschreiten, sind nicht zulässig.	
Für die Errichtung von Tiefgaragen ist innerhalb des Allgemeinen Wohngebiets WA1 ein Überschreiten der Baugrenzen zulässig, sofern die baulichen Elemente – mit Ausnahme der Zufahrtbereiche – nicht aus der Geländeoberfläche hinausragen oder bei der Lage an einem Hang die hinäusragenden Bauteile durch begrünzte Aufschüttungen überdeckt werden.	
Innerhalb des Allgemeinen Wohngebietes WA 2 darf die mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Fläche (GFL-Fläche) zugunsten der für die Gewässerunterhaltung zuständigen Behörden (einschließlich des öffentlichen Verkehrs) und den festgesetzten Straßenverkehrsflächen unzulässig. Davon ausgenommen sind Stellplätze für Fahrräder. Nebengebäude einschließlich Fahrradgaragen sind in diesem Bereich je Baugrundstück insgesamt bis zu einem umbauten Raum von höchstens 15 dm zulässig.	
Im Allgemeinen Wohngebiet WA 2 sind davon abweichend auf einer Länge von maximal 20 Metern auch Stellplätze für Autos im Bereich zwischen den straßenzugewandten Baugrenzen (einschließlich deren fiktiven Verlängerung) und den festgesetzten Straßenverkehrsflächen zulässig.	
4	<b>Flächen für Stellplätze, Garagen und Nebenanlagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB i.V.m. §§ 12, 14 und 23 Abs. 5 BauNVO)</b>
Stellplätze, Garagen und überdachte Stellplätze (Carports) sind im Bereich zwischen den straßenzugewandten Baugrenzen (einschließlich deren fiktiven Verlängerung) und den festgesetzten Straßenverkehrsflächen unzulässig. Davon ausgenommen sind Stellplätze für Fahrräder. Nebengebäude einschließlich Fahrradgaragen sind in diesem Bereich je Baugrundstück insgesamt bis zu einem umbauten Raum von höchstens 15 dm zulässig.	
5	<b>Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses (§ 9 Abs. 1 Nr. 16 a BauGB)</b>
Die als „Fläche für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses“ gekennzeichnete Fläche darf maximal an zwei Stellen mit einer Brücke überbaut werden. Je Brücke ist eine maximale Breite von 4 m zulässig. Die Brückenbauwerke dürfen den Querschnitt des Grabens nicht verringern oder den Abfluss beeinträchtigen.	
6	<b>Flächen für Geh-, Fahr- und Leitungsrechten (§ 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB)</b>
Das festgesetzte Geh-, Fahr- und Leitungsrecht (GFL-Fläche) ergibt zugunsten der Gewässerunterhaltungspflichten. Es gilt für den Bereich, in dem der Gewässer III. Ordnung geführt wird sowie für einen beidseitigen, je 3 m breiten, Streifen – gemessen vom Mittelwasser-Stand (MW) –, bei einem von der GFL-Fläche abweichenden Verlauf verläuft sich die GFL-Fläche mit dem wasserrechtlichen genehmigten Verlauf. Die planzeichnerisch festgesetzte GFL-Fläche gilt dann nur in dem Bereich, in dem ein Gewässer III. Ordnung geführt wird.	
7	<b>Anpflanzungen und Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB) i.V.m. Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Strüchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 a BauGB)</b>
„Schottergärten“ sind unzulässig, soweit sie auf einem Unkrautvieh, einer Folie oder einer vergleichbaren Untergrundabdichtung aufgebracht werden und nicht wie bei einem klassischen Steingarten die Vegetation, sondern das steinerne Material als hauptsächliches Gestaltungsmittel eingesetzt wird. Stein- oder Kieselsteinen, die dem Spritzwasserschutz unmittelbar am Gebäude oder der Versickerung von Niederschlagswasser dienen, bleiben hiervon unberührt.	
7.1	<b>Gestaltung nicht bebauter Grundstücksflächen bebauter Grundstücke</b>
Die nicht bebauten Grundstücksflächen bebauter Grundstücke sind, soweit diese nicht wegen Zufahrten und Stellplätze benötigt werden, erdverbunden mit lebenden Flächen zu begrünen und zu unterhalten.	
7.2	<b>Anpflanzungen von Einzelbäumen auf privaten Grundstücken</b>
In den Allgemeinen Wohngebieten sind je angefangenen 400 m <sup>2</sup> Grundstücksfläche sowie je vier zusammenhängender oberirdischer Stellplätze für Kraftfahrzeuge mindestens ein standortgerechter Baum der I. oder II. Ordnung aus der beigefügten Pflanzenliste (vgl. Punkt 2) zu pflanzen und dauerhaft zu unterhalten (Mindestpflanzqualität: Solitär/Hochstamm, Stammumfang 16/18 cm gemessen in 1 m Höhe). Bei Abgang sind gleichwertige Nachpflanzungen vorzusehen. Vorhandene Laub- und hochstämmige Obstbäume können auf die erforderliche Mindestanzahl angerechnet werden.	
7.3	<b>Dachbegrünung</b>
Flachdächer und flachgeneigte Dächer (bis 10° Neigung) von Gebäuden, Garagen und Carports sind mindestens extensiv zu begrünen und dauerhaft zu unterhalten. Dabei muss die Aufbauhöhe des von Pflanzen nutzbaren Substrats mindestens 10 cm betragen. Eine Kombination von aufgeständerten Anlagen zur Nutzung der Solarenergie und einer flächigen Begrünung ist auf einen der Module möglich.	
7.4	<b>Fassadenbegrünung</b>
Großflächige, fensterlose Fassaden und Fassadenteile baulicher Anlagen sind ab einer Größe von 25 m <sup>2</sup> mit hochwuchrigen, ausdauernden Kletterpflanzen zu begrünen. Vorzugweise sind selbstklimmende Pflanzen zu verwenden, alternativ sind Kletterhilfen mit Seilen oder Gerüsten sowie bepflanzte Systemlösungen möglich.	
7.5	<b>Wasserdurchlässige Befestigung von Belägen</b>
Befestigungen, die die Wasserdurchlässigkeit des Bodens wesentlich beeinträchtigen, sind gemäß § 10 Abs. 1 BauNVO zulässig, soweit ihre Zweckbestimmung dies erfordert. Fußläufige Wege, Zufahrten und Stellplätze auf privaten Grundstücken sind mit wasserdurchlässigen Belägen auf möglichst versickerungsfähigem Unterbau auszubilden, soweit dem nicht andere Erfordernisse entgegenstehen.	
<b>Maßnahmen für Reptilien (Zaunedeckse)</b> Es konnten bei allen Begehungen sichere Nachweise von Zaunedecksen auf der Brachfläche im Westen des Plangebietes und dessen direkten Kontaktbiotopen erbracht werden. Für die im Gebiet vorkommenden Individuen der streng geschützten Zaunedeckse gelten die artenschutzrechtlichen Bestimmungen des § 44 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG).	

7.6	<b>Begrünung von Tiefgaragen</b>
Soweit durch Tiefgaragen eine Unterbauung des Grundstücks erfolgt, sind diese mit einer mindestens 80 cm starken Vegetationschicht zu überdecken. Vorgeordnetes gilt nicht für Bereiche, die durch Terrassen, Wintergärten, Stellplätze oder Zuwegungen überdeckt werden oder zur Berücksichtigung von Belangen des Brandschutzes benötigt werden.	
7.7	<b>Umweltfreundliche Beleuchtung</b>
Für die Straßenbeleuchtung sowie die Außenbeleuchtung privater Grundstücke sind (sofern keine technischen Regeln entgegenstehen) ausschließlich Leuchtmittel mit einer Farbtemperatur von max. 3.000 Kelvin (warmweiße Lichtfarbe) unter Verwendung vollständig gekapselter Leuchtgehäuse, die kein Licht nach oben emittieren, zu verwenden. Die Beleuchtungen sind zudem mit gerichtetem Abstrahlung, Blendkapen oder entsprechenden Projektionstechniken einzusetzen.	
8	<b>Ausschluss fossiler Brennstoffe (§ 9 Abs. 1 Nr. 23a BauGB)</b>
Im Geltungsbereich sind fossile Brennstoffe (Kohle, Torf, Erdgas und Erdöl) als Primärenergie für die Wärme- und Warmwasserversorgung unzulässig.	
9	<b>Regelungen zur Errichtung von Anlagen für die Nutzung solarer Strahlungsenergie (§ 9 Abs. 1 Nr. 23a BauGB)</b>
Mindestens 40 % der nutzbaren Dachflächen von Gebäuden sind bei ihrer Errichtung mit Anlagen zur Nutzung solarer Strahlungsenergie zu belegen. (Hinweis: Zur Definition des Begriffs „nutzbare Dachflächen“ wird auf die Begründung der Planung verwiesen.)	
10	<b>Befristete und bedingte Festsetzungen (§ 9 Abs. 2 BauGB)</b>
<b>Bedingtes Maßstab innerhalb des Allgemeinen Wohngebietes WA2:</b> Die Ausnutzung des gesamten Baufensters ist nur dann zulässig, wenn sich das Baufenster nicht mit der Fläche für Geh-, Fahr- und Leitungsrecht (GFL-Fläche) überschneidet. Dies ist der Fall, wenn der Verlauf des vorhandenen Gewässers III. Ordnung mit der Fläche für Geh-, Fahr- und Leitungsrecht (GFL-Fläche) übereinstimmt. Andernfalls ist lediglich eine Überbauung der GFL-Fläche mit Balkonen und Auskragungen zulässig, sofern diese eine leichte Höhe von mindestens 2,8 m zur darunter befindlichen Oberkante (OK) des Geländes gewährleisten. Alle baulichen Anlagen innerhalb eines Abstands von 10 m zum Gewässer III. Ordnung bedürfen unabhängig des endgültigen Verlaufs einer wasserrechtlichen Genehmigung (vgl. 2.5 Errichtung von Anlagen am Gewässer III. Ordnung bei den HINWEISEN UND EMPFEHLUNGEN).	
8	<b>BAUORDNUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN (§ 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 88 LBAuO Rheinland-Pfalz)</b>
1	<b>Äußere Gestaltung von baulichen Anlagen (§ 88 Abs.1 Nr. 1 LBAuO)</b>
1.1	<b>Dachgestaltung</b>
Zulässig sind Satteldächer und Walmdächer. Doppelhäuser und Hausgruppen müssen jeweils die gleiche Dachform haben. Für Nebenanlagen, Garagen und Carports sind auch Flachdächer zulässig.	
Satteldach-, Schlepp- und Flachdachgebäude sowie Zweerchhäuser sind zulässig. Die Summe der Giebelbreiten und Zwerchhausbreiten darf max. die Hälfte der Gebäudebreite betragen.	
Der Abstand zwischen Gebäudefirst und Oberkante des Gebäudes und Gauenfirst muss mindestens 0,50 m betragen.	
2	<b>Hinweise zum Themenbereich Wasser</b>
2.1	<b>Bewirtschaftung des Niederschlagswassers</b>
Zur Sicherstellung eines geordneten Abflussverhaltens der Vorfluter haben Maßnahmen der Wasserrückhaltung Vorrang vor abflussbeschleunigenden Maßnahmen.	
Gemäß § 55 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) soll das anfallende Niederschlagswasser ortsnah versickert, versielet oder direkt oder über eine Kanalisation ohne Vermischung mit Schmutzwasser in ein Gewässer eingeleitet werden, soweit dem weder wasserrechtliche noch sonstige öffentlich-rechtliche Vorschriften noch wasserwirtschaftliche Belange entgegenstehen. Der Versickerung oder Verzeilung auf dem eigenen Grundstück ist Vorrang einzuräumen.	
Dies bindet Bauträger und Bauherren bzw. entsprechende Abteilungen der Verwaltung jedoch nicht von der Meldepflicht und Haftung gegenüber der GdKE.	
Sollten tatsächlich archaische Objekte angetroffen werden, so ist die Direktion Landesarchäologie ein angemessener Zeitraum einzuräumen, damit Restgruben, in Absprache mit den ausführenden Firmen, planmäßig den Anforderungen der heutigen archaischen Forschung entsprechend durchgeführt werden können. Im Einzelfall ist mit Bauverzögerungen zu rechnen.	
Gegebenenfalls vorhandene Kleindenkmale (z. B. historische Wegweiser, Grenzsteine, Bildstöcke usw.) sind zu berücksichtigen bzw. dürfen von Planierungen o.ä. nicht berührt oder von ihnen angestammten, historischen Standorten entfernt werden. Sollte eine Veränderung unabwiesbar erscheinen, ist dies nur im Benehmen mit der zuständigen Behörde vorzunehmen. Alle Nachforschungen bedürfen der Genehmigung.	
Damit die Direktion Landesarchäologie eine Möglichkeit der Überprüfung hat, sind Erhebungen rechtzeitig (mind. 4 Wochen im Voraus) bei dieser schriftlich oder per E-Mail anzugeben: GdKE Landesarchäologie Mainz, Große Langstraße 29, 55116 Mainz. E-Mail: landesarchaeologie-mainz@gdke.rlp.de	
Auf die Bestimmungen des Denkmalschutzgesetzes und Ordnungswidrigkeiten (§ 33 DStG) wird hingewiesen.	
3.7	<b>Nutzung von Erdwärme</b>
Für die Nutzung von Erdwärme ist grundsätzlich ein wasserrechtliches Erlaubnisverfahren erforderlich. Ein entsprechender Antrag ist rechtzeitig bei der Unteren Wasserbehörde bei der Kreisverwaltung Mainz-Bingen einzureichen.	
3.8	<b>Baugrund / Bodenschutz</b>
Bei Eingriffen in den Baugrund sind grundsätzlich die einschlägigen Regelwerke (u. a. DIN 4020, DIN EN 1997-1 und -2, DIN 1054) zu berücksichtigen. Für Neuhaben und größere An- und Umbauten (insbesondere mit Laständerungen) werden objektbezogene Baugrunduntersuchungen empfohlen. Grund- und Hangwasserhältnisse sind zu erkunden. Bei allen Bodenarbeiten sind die Vorgaben nach § 202 BauGB in Verbindung mit der DIN 18915 und 19731 sowie die Bestimmungen des Bodenschutzes (Bundesbodenschutzgesetz (BBodSchG) und Bundesbodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV)) zu beachten.	
Es wird auf die Anzeigepflicht nach § 5 Abs. 1 Landesbodenschutzgesetz (LBodSchG) hingewiesen. Sollten sich im Rahmen der Planung (Baumaßnahmen, landspezifische Maßnahmen) z. B. durch organische Auffüllungen Anhaltspunkte für das Vorliegen einer schädlichen Bodenveränderung oder Altlast ergeben, ist dies unverzüglich des SGD Süd, Regionalstelle Wasserversorgung, Abfallwirtschaft und Bodenschutz, zu melden.	
3.9	<b>Hangrutschgefährdung</b>
Das Planungsgebiet liegt nach derzeitigen Erkenntnissen des Landesamtes für Geologie und Bergbau innerhalb eines vermuteten alten großräumigen Rutschgebietes. Dieser Umstand ist bei den Baugrunduntersuchungen, die in die Kategorie 3 fallen, sowie den Planungen zu berücksichtigen.	
Gegebenenfalls können tieferreichende Kernborungen und der Einbau von Inklinometern-Messstellen erforderlich werden.	

<b>Verfahrensvermerke</b>	
<b>AUFSTELLUNGSBESCHLUSS</b> Die Aufstellung gemäß § 2 Abs. 1 i.V.m. § 13a BauGB (Innenentwicklung - beschleunigtes Verfahren) wurde vom Stadtrat beschlossen am 12.07.2021 und örtlich bekanntgemacht am 07.08.2021.	
<b>VERMERK ÜBER DIE UNTERRICHTUNG DER ÖFFENTLICHKEIT</b> Die Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB wurde durchgeführt vom 28.02.2022 bis einschließlich dem 18.03.2022, aufgrund des Beschlusses des Stadtrates vom 14.02.2022 und der örtlichen Bekanntmachung vom 25.02.2022.	
<b>VERMERK ÜBER DIE UNTERRICHTUNG DER BEHÖRDEN</b> Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB unterrichtet und zur Äußerung aufgefordert mit Schreiben vom 28.02.2022 bis einschließlich dem 18.03.2022.	
<b>AUSLEGUNGSVERMERK</b> Die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB wurde durchgeführt vom 08.07.2024 bis einschließlich dem 08.08.2024 aufgrund des Auslegungsbeschlusses des Stadtrates vom 17.06.2024 und der örtlichen Bekanntmachung vom 28.06.2024.	
<b>VERMERK ÜBER DIE EINHOHLUNG DER STELLUNGSNAHMEN DER BEHÖRDEN</b> Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB vom 08.07.2024 bis einschließlich dem 08.08.2024 zur Stellungnahme aufgefordert und von der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB benachrichtigt.	
<b>SATZUNGSVERMERK</b> Der Stadtrat Ingelheim hat am 16.06.2025 gemäß § 10 BauGB den Bebauungsplan als Satzung beschlossen.	
Ingelheim am Rhein, den 01.06.2025 Ralf Claus Oberbürgermeister	
<b>AUSFERTIGUNGSVERMERK</b> Hiermit wird die Satzung zur öffentlichen Bekanntmachung ausfertigt. Die Legalität des Verfahrens und die Authentizität der Pläne und Texte werden bestätigt.	
Ingelheim am Rhein, den 01.06.2025 Ralf Claus Oberbürgermeister	
<b>BEKANNTMACHUNGSVERMERK</b> Der Beschluss des Stadtrates vom 01.06.2025 über den Bebauungsplan ist am unter dem Hinweis darauf bekanntgemacht worden, dass der Bebauungsplan nebst Begründung während der Dienststunden im Amt für Bauen und Planen der Stadt Ingelheim am Rhein zu jedermanns Einsicht bereitgehalten wird und jedermann Auskunft erlangen kann.	
Mit der Bekanntmachung ist der Bebauungsplan am 01.06.2025 in Kraft getreten.	
Ingelheim am Rhein, den 01.06.2025 Ralf Claus Oberbürgermeister	
<b>D PFLANZLISTE</b>	
Deutscher Name	Wissenschaftlicher Name
Apfelbaum Malus	syvestris / domestica
Birnbäumchen	Pyrus communis
Quitte	Cydonia oblonga
Zwetschge	Prunus avium / cerasus
Süßkirsche / Sauerkirsche	Prunus americana
Aprikose	Prunus dulcis
Mandelbaum	Juglans regia
Echte Walnuss	Morus alba / nigra
Maulbeerbaum	Ficus carica
Echte Feige	Prunus cerasifera
Kirschpflaume	Amygdalus ovalis
Gewöhnliche Felsenbirne	Sorbus torminalis
Elsbäume	Sorbus domestica
Speerling	Cornus aucuparia
Eberesche	Cornus mas
Kornelkirsche	Cornus alba
Gemeine Hasel	Corylus avellana
Salweide	Salix caprea
Feldahorn / Burgenahorn	Acer campestre / monspessulanum
Gewöhnlicher Schneebal	Viburnum opulus
Europäische Eibe	Taxus baccata
Waldkiefer	Pinus sylvestris
<b>Rechtsgrundlagen</b>	
Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 384) geändert worden ist	
Bauabstandsverordnung (BauABV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 3. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 176) geändert worden ist	
Planzeichenerverordnung (PlanZV) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 I S. 58), die zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 1. April 2023 (BGBl. I S. 1802) geändert worden ist	
Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), das zuletzt durch Artikel 48 des Gesetzes vom 23. Oktober 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 323) geändert worden ist	
Wasserhaushaltsgesetz (WHG) vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), das zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 22. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 408) geändert worden ist	
Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2014 (BGBl. I S. 1274; 2021 I S. 123), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 24. Februar 2025 (BGBl. 2025 I Nr. 56) geändert worden ist	
Verkehrsmittelverkehrsgesetz (16. BImSchV) vom 12. Juni 1990 (BGBl. I S. 1036), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 4. November 2020 (BGBl. I S. 2334) geändert worden ist	
Denkmalschutzgesetz (DSchG) vom 23. März 1978, zuletzt geändert durch Artikel 22 des Gesetzes vom 20.12.2024 (GVBl. S. 473)	
Landesnaturschutzgesetz (LNatSchG) vom 06. Oktober 2015, zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 26.06.2020 (GVBl. S. 287)	
Landesnachbarschaftsgesetz für Rheinland-Pfalz (LNRG) vom 15. Juni 1970, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21.07.2003 (GVBl. S. 209)	
Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz (GemO) vom 31.01.1994 (GVBl. 1994 S. 153), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20.12.2024 (GVBl. S. 473, 475)	



Stand: 21.07.2025	Satzung
Datengrundlage: Landesamt für Vernetzung und Geoinformation Rheinland-Pfalz © GeoBasis-DE/VerdachtsP-Rפור-2024 (Daten verändert)	
Maßstab: 1:1.000	prosa
Bearbeitet: SKA	Architektur + Stadtplanung BDA Quasten Rauh PartGmbH
<b>Bebauungsplan Ohrenbrücke II</b>	
gem. § 13a BauGB Innenentwicklung	
Ingelheim am Rhein	Leiter Amt für Bauen und Planen